



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Bamberger: Staatenbund von Nordeuropa

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

kämpfte, als dies notwendig erschien. Ein anderes Beispiel ist Coriolan, der innerhalb des eigenen Volkstums sich nicht nach seinem herrischen Willen ausleben konnte und bei dem die daraus sich ergebende Verstimmung zum Haß gegen seinen eigenen Ursprung führte.

Wenn wir die Geschichte deutscher Renegaten verfolgen, werden wir die Gründe nicht überall so klar und bewußt finden wie bei Prinz Eugen und Coriolan, unbewußt aber liegen sie überall und wäre es bei den Vätern oder Urvätern der betreffenden Leute zugrunde. Wenn wir so die treibenden Kräfte verstehen, werden wir die Erscheinung deutschen Renegatentums vielleicht etwas weniger schmachvoll für unser Volkstum finden, als es vielfach geschieht, wenn wir sie auch niemals billigen können. Hoffen wir aber, daß nach dem Krieg und dem Sieg die Welt sich so gestalten, daß auch solche überschüssige und unbändige Kräfte nicht mehr zum Schaden, sondern nun zum Heile des Deutschtums Verwendung finden können. Wie für den gewaltigen Sohn Philipps von Mazedonien das Vaterland dem besorgten Vater zu klein erschien, so ist der Betätigungsraum für das Deutschtum in der Welt innerhalb des Deutschtums, seit es Deutsche gibt, zu klein gewesen. Es mußte überlaufen, edles Blut als Dünger fremden Volkstums.



Staatenbund von Nordeuropa

Von Justizrat Bamberger



In den Grenzboten vom 23. September 1914 wurde angeregt, durch ein Schutz- und Truppbündnis das Deutsche Reich mit den ihm benachbarten kleineren Staaten zu einem Staatenbunde zu vereinigen. Es fragt sich, ob der Plan einer gründlichen Prüfung in Hinsicht auf die politischen und wirtschaftlichen Bedürfnisse der beteiligten Länder standhält oder ob er sich als leeres Phantasiegebilde erweist. Von vornherein ist klar, daß die Kleinstaaten der Gegenwart sich in ihrer Sicherheit und Selbständigkeit um so mehr bedroht fühlen müssen, je stärker die großen Mächte in sich und durch die Ausdehnung ihres Kolonialbesitzes anwachsen und je fester sie sich untereinander zusammenschließen. Das beklagenswerte Schicksal des Königreichs Belgien steht vor aller Augen. Das Unglück, das über dieses Land hereingebrochen ist, hat seinen letzten Grund weder in einem rücksichtslosen Vorgehen des Deutschen Reiches, noch in der Umgarnung von Frankreich und England, die jetzt erwiesen ist, — sondern in der natürlichen Schwäche des Kleinstaats, der seine Daseinsberechtigung in der bisherigen Form anscheinend verloren hat. Es ist wohl begreiflich, wenn auch in anderen neutralen Staaten ernste Besorgnisse laut wurden. Unmittelbar nach Ausbruch des Krieges hat die schweizerische Bundesregierung ihre Neutralität amtlich kund-

gegeben. Deutschland und Frankreich haben alsbald erwidert, daß sie diese Neutralität sorgfältig beachten würden. In demselben Sinne erklärte sich die österreichisch-ungarische Monarchie. Gleichwohl wurden in der Schweiz, namentlich gegen Italien, das nicht zu den Garantemächten von 1815 gehört, wegen des Kantons Tessin lebhafteste Befürchtungen rege, so daß die italienische Regierung es für angezeigt hielt, durch Note vom 19. August 1914 ausdrücklich zu erklären, sie schließe sich den Garantemächten in vollem Umfange an. Für die Erklärung hat die schweizerische Bundesregierung ihren Dank ausgesprochen und die Zusicherung gegeben, unbedingte Neutralität zu wahren, gegen wen es auch sei. — Auch Dänemark ließ seinen Entschluß, neutral zu bleiben, an den zuständigen Stellen amtlich anzeigen. Die Besorgnis, trotzdem gegen den eigenen Willen in den Weltkrieg hineingezogen zu werden, kann angesichts der Erfahrungen, die gerade Dänemark gemacht hat, nicht grundlos genannt werden. Zweimal kurz hintereinander war Kopenhagen zu Anfang des neunzehnten Jahrhunderts Gegenstand feindlicher Angriffe. In beiden Fällen war der Angreifer das viel stärkere England. Als Dänemark sich im Jahre 1801 auf das Drängen des Kaisers Paul von Rußland zur Annahme der bewaffneten Neutralität entschloß, beschlagnahmte die englische Regierung ohne weiteres sämtliche dänische Schiffe, die in englischen Häfen lagen. Sie entsandte gleichzeitig eine Flotte von einundfünfzig Schiffen unter dem Oberbefehl des Admirals Nelson, der am 2. April 1801 Kopenhagen beschloß. Trotz tapferer Gegenwehr, die Nelson zwang, um Waffenstillstand zu bitten, mußte Dänemark der Übermacht weichen und seine bewaffnete Neutralität aufgeben. Im Jahre 1807 eröffnete England von neuem die Feindseligkeiten ohne vorhergegangene Kriegserklärung. Admiral Gambier erschien an der Spitze von vierundfünfzig Kriegsschiffen im Deresund und forderte die Auslieferung der gesamten dänischen Flotte, da anzunehmen sei, daß die Flotte sonst Frankreich übergeben würde, um England zu bekriegen. Als das beleidigende Verlangen abgeschlagen wurde, landeten englische Truppen bei Bedbøl. Gleich darauf begann die Beschießung der Hauptstadt. Nach dreitägigem Bombardement sah sich Kopenhagen am 5. September 1807 zur Übergabe gezwungen. Die dänische Flotte mußte sich sofort segelfertig machen. Und tatsächlich führten die Engländer die ganze dänische Flotte, 18 Linienschiffe, 15 Fregatten, 6 Briggs und 25 Kanonenboote mit sich fort; einige Kriegsschiffe, die noch auf dem Stapel lagen, wurden zerstört. Erst am 4. November 1807, nachdem die Hauptstadt verwüstet, die Flotte geraubt und Hunderte von Handelsschiffen aufgebracht waren, erklärte England den Krieg. Kaiser Alexander, der nach der Ermordung seines Vaters den russischen Thron bestiegen hatte, gab laut seinem Unwillen über die unerhörte Gewalttat zu erkennen und erklärte, er werde jede Verbindung mit England abbrechen, bis Dänemark Genugtuung erlangt habe. Nichtsdestoweniger schloß er kurz darauf ein Abkommen mit England zu dem Zweck, dem dänischen Reich Norwegen zu rauben*). Ein halbes Jahrhundert später, 1864, als der Streit um die Herzogtümer zum Kriege führte, stand Dänemark in diesem Kriege, wie beim Wiener Frieden, wiederum allein. Trotz einer ruhmvollen Vergangenheit, trotz neuer-

*) C. F. Allen: Geschichte des Königreichs Dänemark, Seite 456 ff. Vergleiche Grenzboten Jahrgang 73, Heft 36 Seite 350.

ding's bewiesener heldenmütiger Tapferkeit hat keine der Mächte sich des Schwächeren angenommen. So konnte der Gedanke, sich einem Großstaat dauernd anzuschließen, mehr und mehr Boden gewinnen. Der Vorschlag kam von dänischer Seite. Er findet sich in einer Abhandlung, die in der Augsburger Allgemeinen Zeitung vom 17. und 18. September 1841 veröffentlicht ist. Es heißt dort unter anderem:

„Dänemark ist jetzt (1841) ein zu kleiner Staat, um in vollkommener Vereinzelnung eine politische Unabhängigkeit behaupten zu können, die in schwierigen Fällen die Probe bestände. Und dennoch kann es als Seemacht eine nicht geringe Bedeutung haben. Es besitzt jetzt freilich nicht die finanziellen Mittel, um eine große Flotte auszurüsten; wenn es momentan diese erschwingt, so geschieht es nur auf Kosten seines übrigen Staatshaushaltes, und die so teuer erworbene Flotte verfault entweder ohne Bestimmung im Hafen, oder sie gewährt während eines Seekrieges dem unter Druck und Beängstigung geführten Seehandel nur einen unvollständigen Schutz, der mit unverhältnismäßigen Opfern erkauft wird, oder sie wird endlich gar die Beute eines Mächtigeren, der wohl weiß, daß er mit einem solchen Schlage Dänemark für lange Zeit vom Kampfplatz entfernt. Wenn nun Dänemark nicht durch eigene Machtvollkommenheit, sondern nur unter einer ganz ungewöhnlichen und seltenen Konstellation von Verhältnissen neutral bleiben kann, und bloß so lange, als ein Mächtigerer anderweitig verhindert wird, diese Neutralität zu brechen, so kann es nur seinen Vorteil finden, wenn es sich einem Staatenbund anschließt, durch den es eben eine gesicherte, politische Stellung bekommt, während es sich jetzt in einer Pseudo-Unabhängigkeit befindet, aus der es doch bei einem größeren Konflikt unter den europäischen Großmächten heraustreten muß, ohne vielleicht die Wahl zu haben.“

Das glänzende Glend der Kleinstaaterei! Ob die Übelstände und Gefahren, die mit dem kleinstaatlichen Dasein notwendig verbunden sind, seit Mitte des neunzehnten Jahrhunderts bis auf unsere Tage sich etwa verringert und nicht vielmehr vergrößert haben, das bleibe dem Urteil des Lesers überlassen. Auf deutscher Seite war der hervorragendste Vertreter des Bündnisgedankens Generalfeldmarschall Graf Moltke. Schon in jungen Jahren trat er schriftstellerisch für ein deutsch-dänisches Bündnis ein*). Nachdem er einen Blick auf Belgien geworfen und mit Bedauern festgestellt hat, daß man belgische Annäherungsversuche zurückgewiesen habe, weil Deutschland viel zu tugendhaft sei, um diesen illegitim gezeugten Staat liebhaben zu können, — wendet er sich seiner eigentlichen Aufgabe zu, die er vom Standpunkt der Geschichte, der Politik, der Heeres- und Flottenverhältnisse, sowie der beiderseitigen Handelsinteressen gründlich erörtert. Er betont dabei mit Nachdruck, daß von einer Beeinträchtigung der dänischen Nationalität nicht die Rede sein dürfe, und schließt mit dem Satz, keine Verschmelzung, welche die Volkstümlichkeit vernichte, sondern ein Bündnis, welches sie aufrecht erhalte, sei mit dem Anschluß Dänemarks an Deutschland gemeint. Diesem seinem Lieblingsgedanken ist er auch nach Gründung des Reiches bis in sein Alter treu geblieben, wie Fürst Bismarck in den „Gedanken

*) In einem Aufsätze, den er, vielleicht angeregt durch die oben erwähnte Arbeit, ebenfalls in dem angesehensten Blatte jener Zeit, der Augsburger Allgemeinen Zeitung, am 1. und 2. November 1841 erscheinen ließ. Vergleiche auch Preussische Jahrbücher Bd. 158, Heft 1 Seite 19 ff.

und Erinnerungen“ (Band II Seite 49) bezeugt. Nun läßt sich zwar nicht verkennen, daß dem Abschluß eines deutsch-dänischen Bündnisses ein Bedenken insofern entgegensteht, als die Kräfte beider Teile recht ungleich sind. Das Bedenken wird aber gehoben, wenn neben dem Königreich Dänemark auch die übrigen Deutschland benachbarten kleineren Staaten sich mit dem deutschen Reiche zu einem Staatenbunde vereinigen. Konnte vor einem Menschenalter das Bild: Deutschland und Österreich im Bunde mit Dänemark, wie ein Keil inmitten Europas, dem großen Strategen wohl als Ideal vorschweben, so wird man der inzwischen eingetretenen Veränderung der Machtverhältnisse Rechnung tragen, indem man an Stelle eines Einzelbündnisses die Bildung eines umfassenden Staatenbundes rings um Deutschland ins Auge faßt. Es gilt dabei, sich auf das Erreichbare zu beschränken, auf dem Boden der Wirklichkeit zu bleiben. Gewiß ist der Gedanke der Vereinigten Staaten von Europa ein Ziel, das der Menschenfreund selbst angesichts der Ströme von Blut, die jetzt fließen, nicht aus den Augen verlieren soll. Da aber eine Verwirklichung des Traumes in einer nahen Zukunft nicht zu erwarten ist, so muß für die Interessen der Gegenwart der Gedanke außer Betracht bleiben. Auch eine Verbindung mit einer anderen Großmacht neben Österreich wird voraussichtlich, so wünschenswert sie sein mag, nur eine mäßige Tragfähigkeit besitzen, und deswegen keine feste Bürgschaft für die Zukunft bieten, wie die jüngste Vergangenheit gezeigt hat. Dagegen darf ein Schutz- und Trugbündnis mit den benachbarten kleineren Staaten für alle Glieder des Bundes als erstrebenswert und als erreichbar angesehen werden. Es eröffnet sich damit eine große und dankbare Aufgabe, die sich meines Erachtens am ehesten lösen läßt, wenn ohne Umschweife offen und ehrlich dargelegt wird, wie jeder der Beteiligten bei dem Bündnis seine Rechnung finden soll. Für das Deutsche Reich bedeutet der Staatenbund unverkennbar einen beträchtlichen Machtzuwachs. Für jede der übrigen Mächte bedeutet er Sicherstellung der staatlichen Unabhängigkeit, Schutz nach Außen und Erhöhung des Ansehens. Nicht sicher ist es, ob sich bei der Verschiedenheit der Bedürfnisse zu gleicher Zeit eine engere wirtschaftliche Interessengemeinschaft errichten läßt. Wohl aber gewährt der Bund den Angehörigen sämtlicher Bundesstaaten die erste Voraussetzung einer gedeihlichen wirtschaftlichen Entwicklung in dem beruhigenden Ausblick auf langen Frieden nach furchtbarem Krieg. Denn ein Hundertmillionenreich inmitten von Europa, mit einem gewaltigen Kolonialbesitz, kann jederzeit ein istsarkes Schwert für den Frieden der Welt in die Wagschale werfen.

Allen Manuskripten ist Porto hinzuzufügen, da andernfalls bei Ablehnung eine Rücksendung nicht verbürgt werden kann.

Nachdruck sämtlicher Aufsätze nur mit ausdrücklicher Erlaubnis des Verlags gestattet.
 Verantwortlich: der Herausgeber George Kleinow in Berlin-Schöneberg. — Manuskriptsendungen und Briefe werden erbeten unter der Adresse:

An den Herausgeber der Grenzboten in Berlin-Friedenau, Hedwigstr. 1 a.
 Fernsprecher der Schriftleitung: Amt Umland 3630, des Verlags: Amt Süow 6510.
 Verlag: Verlag der Grenzboten G. m. b. H. in Berlin SW 11.
 Druck: „Der Reichsbote“ G. m. b. H. in Berlin SW 11, Dessauer Straße 36/37.